

Bericht des Amtsdirektors/ HA 27.03.2024

1. Flüchtlingssituation

FIUk Lohbarbek wird am 08.04.24 übergeben

Maler und Renovierungsarbeiten werden durch ngd durchgeführt/ veranlasst

Brandschutzmaßnahmen in Vorbereitung (ÜpIA notwendig)

Quote 12 Personen im Soll

SB seit über 6 Wochen erkrankt

Kurzfriste Verstärkung im Außendienst ZV 3 Monate ½ Stelle

Bezahlkarte soll eingeführt werden (wahrscheinlich nicht vor 2025)

2. Kommunale Wärmeplanungen

Sachstand unverändert (Konnexität/ Details/ Konvoiverfahren/ Kompetenzzentrum/ gesetzliche Verpflichtung bislang ungeklärt> Klärung vmtl. erst 2. Jahreshälfte)

Informationsaufnahme läuft unverändert weiter

Kreis Steinburg/ Dithmarschen lädt am 02.05.24 zu einer Informationsveranstaltung ein

3. Verpflichtendes Ganztagschulangebot ab 2026

Finanzierung nach hin und her erneut zugesagt

Förderung: 85 % der förderfähigen Kosten

Fördervolumen aber auf knapp 200 Mio. € gedeckelt. Was passiert bei einer Überschreitung?

4. KiTaG

Das evaluierte KiTaG soll zum 01.01.2025 in Kraft treten

Es werden weitere Änderungen im KiTaG erwartet, da bereits jetzt erkennbar, dass zu wenig Mittel im System vorhanden sind.

Abschlussbericht vor Einbindung des Fachgremiums am 14.02.24 veröffentlicht worden

Eine Bewertung durch das Fachgremium, dem auch die KLV angehören, muss nun in tlw. mehrtägigen Workshops erfolgen> Vorlage im Landtag bereits 30.04.24

Unrealistische Zeitplanung wird vrs. zu Pauschalregelungen führen

Geplante Ausweitung der Kinderzahlen pro Gruppe bei gleichzeitiger Einhaltung der Raumvorgaben führt vrs. zu einer Absenkung der Beiträge durch das Land und die Wohngemeinden zu Lasten der Standortgemeinden.

Höhere Elternbeiträge sind zu erwarten

Die Forderungen der kommunalen Landesverbände ggü. Landesregierung sind insbesondere

- die Entlastung der Kommunen als Ziel der Kita-Reform sei noch nicht erreicht, Finanzlücken müssten geschlossen werden
- das derzeitige Ziel-Modell müsse durch das aktuelle Übergangsmodell ersetzt werden
- die Standards im KitaG müssen ggf. geändert werden, wenn das Land die Finanzierung dafür nicht übernehmen will, u.a. Dynamisierung der Eltern-Beiträge
- ein Abwarten der Kommunikation der Regierung ggü. Den Kommunen bis September sei nicht tragbar, da die Vorbereitungen für 2025 rechtzeitig (vor den Sommerferien) beginnen müssten

5. Projektfinanzierung im ländlichen Raum

GAK Mittel deutlich gekürzt (24 € bisher zu 6 Mio € in 2024)

In den Folgejahren ist mit weiteren Kürzungen zu rechnen

MLLEV und LLnL werden zeitnah zu 3 Regionalkonferenzen zum Thema Entwicklungsförderung einladen (Teilnahme durch Gemeinden wichtig)

6. Schulen

Ein weiterer Digitalpakt mit Bundesmitteln ab 2025 befindet sich derzeit in Verhandlungen zwischen Bund und Ländern

Abschaffung Schulleiterwahlausschuss geplant

7. Grundsteuer

Als Auswirkung der Reform müssten in 2024 die gemeindlichen Hebesätze neu festgelegt werden

Mit dem Jahr 2025 beginnt ein neuer Hauptveranlagungszeitraum, der alte Hauptveranlagungszeitraum 1974 endet am 31.12.2024. Weil die bisherigen Hebesätze dann außer Kraft treten, müssen alle Kommunen neue Hebesätze festlegen.

Ab dem Jahr 2025 können die Kommunen für baureife unbebaute Grundstücke aus städtebaulichen Gründen einen gesonderten Hebesatz festlegen, der höher sein muss als der einheitliche Hebesatz für die übrigen in der Gemeinde liegenden Grundstücke (sogenannte Grundsteuer C)

Transparenzregister des Finanzministeriums als öffentliche Orientierungsgröße für Aufkommensneutralität geplant (>Ende August 2024)

Verschiebungen zu erwarten (Gewinner/ Verlierer)

8. Personalangelegenheiten

Kurzfristige Verstärkung im Außendienst ZV 3 Monate ½ Stelle (außerhalb des Stellenplans)

Ausbildungsplatz Verwaltungsfachangst. muss neu ausgeschrieben werden